REGIERUNG

Union will neuen Behinderten-Vertreter

Zum neuen Behinderten-Beauftragten der Regierung will die Führung der Union den CDU-Politiker Hubert Hüppe ernennen. Hüppe, der bei der Wahl sein Bundestagsmandat verlor, könnte nach diesen Plänen mit einem Posten versorgt werden, der beim Bundesarbeitsministerium angesiedelt ist. Das Ressort soll künftig möglicherweise vom derzeitigen CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla geführt werden, der wie Hüppe aus dem nordrhein-westfälischen CDU-Landesverband kommt. Hüppe hat selbst ein behindertes Kind und gilt innerhalb der Unionsfraktion als vehementer Gegner der Stammzellforschung und von Spätabtreibungen. Bisher kümmerte sich die SPD-Politikerin Karin Evers-Meyer um die Belange der Behinderten, allerdings nicht hauptamtlich, sondern neben ihrem Bundestagsmandat. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel beschaffte bereits vor knapp vier Jahren einem CDU-Politiker ein Amt, der bei der Bundestagswahl gescheitert war. Damals machte Merkel den Ost-Berliner Bürgerrechtler Günter Nooke zum Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung.

IMAGO

Hüppe

RÜSTUNG

Bitte um Zuschuss

Die künftige Bundesregierung sieht sich mit der Bitte Israels konfrontiert, dem Land einen Zuschuss für ein Rüstungsgeschäft zu gewähren. Jerusalem will bei der HDW-Werft ein sechstes U-Boot der Dolphin-Klasse bestellen und wünscht sich – wie bei bisherigen Booten – eine millionenschwere Subvention aus dem Bundeshaushalt. Für das vierte und das fünfte Schiff, die derzeit in Kiel gebaut werden, zahlt Berlin bereits bis zu 333 Millionen Euro, etwa ein Drittel der Kosten. Auch die ersten drei Boote, 1999 und 2000 geliefert, waren mit 1,1 Milliarden Mark aus dem Bundesetat subventioniert worden. Die rund 500 Millionen teuren Dolphin-U-Boote werden mit modernen Brennstoffzellen angetrieben, die sie besonders lange tauchen lassen. Kritiker der Lieferungen an Israel fürchten, dass die deutschen Boote als Basis für möglicherweise atomar bestückte Marschflugkörper Israels eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat den Bau des sechsten Bootes bereits 2006 genehmigt.

SVEN NACKSTRAND / AFP

U-Boot der Dolphin-Klasse

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Klage gegen Wahlergebnis

Falls der Landeswahlausschuss das vorläufige amtliche Endergebnis der schleswig-holsteinischen Landtagswahl bestätigt, will die Fraktion der Linken im schleswig-holsteinischen Landtag vor dem Landesverfassungsgericht klagen. Der Grund: Die Verteilung von Ausgleichsmandaten für Überhangmandate benachteilige Linke, SPD, Grüne und den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), weil drei Überhangmandate, für die es keinen Ausgleich gibt, CDU und FDP zur Regierungsmehrheit im Landtag verhelfen. „Es kann doch nicht sein“, sagt Heinz-Werner Jezewski, innenpolitischer Sprecher der Linken, „dass Schwarz-Gelb real über 27 000 Stimmen weniger hat als die anderen im Landtag vertretenen Parteien und dennoch drei Abgeordnete mehr stellt.“ Wolfgang Nešković, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei und ehemaliger Richter am Bundesgerichtshof, hält die Erfolgschancen einer Wahlanfechtung der von Peter Harry Carstensen (CDU) und Wolfgang Kubicki (FDP) angestrebten Koalition für hoch. Durch die Entscheidung der Landeswahlleiterin werde „in letztlich verfassungswidriger Weise der Wählerwille verkürzt“. Auch die Wissenschaft gibt Rückendeckung: „Nach der schleswig-holsteinischen Landesverfassung ist eine Deckelung der Ausgleichsmandate nicht zulässig“, sagt der Düsseldorfer Parteienrechtler Martin Morlok. Für den hannoverschen Staatsrechtslehrer Hans-Peter Schneider ist es „wider Geist und Buchstaben des Gesetzes und der Verfassung“, die Überhangmandate der CDU nicht vollständig auszugleichen.

ACTION PRESS

Kubicki, Carstensen